

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 13

Ausgegeben Danzig, den 31. März

1927

Inhalt. Verordnung betreffend Tabakmonopol (S. 117). — Verordnung betreffend das mit der Republik Polen geschlossene Abkommen zur Durchführung eines Tabakmonopols im Gebiet der Freien Stadt Danzig (S. 120). — Verordnung über das Entschädigungsverfahren bei der Einführung des Tabakmonopols (S. 126). — Verordnung betreffend die Überleitung zum Tabakmonopol (S. 128). — Verordnung betreffend die Vorführungspflicht monopolabgabepflichtiger Waren (S. 129).

40

Verordnung betreffend Tabakmonopol. Vom 31. 3. 1927.

Auf Grund des § 1 Ziffer 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 29. November 1926 (Gesetzblatt 1926 Seite 317) wird mit Gesetzeskraft folgendes verordnet:

§ 1.

Einführung des Tabakmonopols.

Für Tabak und Tabakwaren wird im Gebiet der Freien Stadt Danzig ein Monopol (Tabakmonopol) nach Maßgabe dieser Verordnung eingeführt, das die Einfuhr in den freien Verkehr, den Anbau, die Herstellung und den Handel umfaßt.

Das Monopolgebiet ist das Staatsgebiet der Freien Stadt Danzig.

Als Tabak im Sinne dieser Verordnung gelten nichtverarbeitete Tabakblätter, Stengel, Rippen, Wurzeln, Strünke und Abfälle von unbearbeiteten und bearbeiteten Teilen der Tabakpflanze.

Als Tabakware im Sinne dieser Verordnung gilt jede Ware, die aus Tabak hergestellt ist, oder in der Tabak in irgend einer Form enthalten ist.

§ 2.

Einfuhr von Tabak.

Die Einfuhr von Tabak und Tabakwaren in den freien Verkehr des Monopolgebiets ist nur der Freien Stadt Danzig gestattet.

Privatpersonen dürfen mit Genehmigung des Senats gegen Entrichtung einer noch festzusetzenden Monopolabgabe Tabakwaren zum eigenen Verbrauch einführen. Für Mengen bis zu 1 kg ist die Einfuhr ohne Genehmigung gestattet.

Die Monopolabgabe wird unabhängig von den Zöllen erhoben und unterliegt nur den Vorschriften dieser Verordnung und des Steuergrundgesetzes, sowie den zur Ausführung erlassenen Vorschriften.

Reisende, die vom Zollauslande kommen, dürfen zum eigenen Verbräuche Tabakwaren in folgenden Mengen frei einführen:

- 25 Gramm Rauchtabak oder
- 10 " Schnupstabak oder
- 25 Stück Zigaretten oder
- 10 " Zigarren.

Im Verkehr zwischen Danzig und Polen verbleibt es bei den zur Zeit bestehenden Bestimmungen des Danzig-polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921.

Die Einfuhr von Tabak und Tabakwaren in das Monopolgebiet für den persönlichen Gebrauch ist Personen, die das Recht der Exterritorialität und der Zollfreiheit besitzen, frei von Monopolabgaben gestattet.

§ 3.

Tabakvorräte.

Die Anhäufung von Vorräten an Tabakwaren über die vom Senat festzusetzenden Mengen hinaus ist im freien Verkehr des Monopolgebiets nur mit Genehmigung des Senats gestattet.

§ 4.

Anbau von Tabak.

Tabak darf im Monopolgebiet nur mit Genehmigung des Senats angebaut werden. Der Senat hat die Bedingungen für den Tabakanbau zu regeln. Wer mit Genehmigung des Senats Tabak anbaut, ist verpflichtet, die Gesamtmenge des erzeugten Tabaks an die Monopolverwaltung zu verkaufen.

Der Anbau und die Pflege von Biertabak ist gestattet, doch kann der Senat auch hierfür Bedingungen aufstellen, wenn eine Beeinträchtigung der Monopolerträge zu besorgen ist.

§ 5.

Herstellung von Tabakwaren.

Die Herstellung von Tabakwaren im Monopolgebiete steht nur der Freien Stadt Danzig zu.

Als Herstellung gilt auch jede Bearbeitung, Sortierung oder Veränderung von Tabak oder Tabakwaren, selbst wenn nur Verpackung, Bezeichnung oder Aufschrift geändert wird.

Für den eigenen Verbrauch dürfen Zigaretten angefertigt werden.

§ 6.

Handel mit Tabak und Tabakwaren.

Der Handel mit Tabak und Tabakwaren im Monopolgebiet ist nur der Freien Stadt Danzig gestattet.

Der Senat kann den Einzelhandel mit Tabakwaren Unternehmern überlassen, die einer staatlichen Konzession bedürfen.

Die Konzession ist allen, die den Handel mit Tabakwaren am 1. Oktober 1926 gewerbsmäßig betrieben haben, für die an diesem Tage betriebenen Verkaufsstellen auf die Dauer von drei Jahren vom Inkrafttreten dieser Verordnung an unentgeltlich zu erteilen; sie ist nicht übertragbar.

Im übrigen erteilt der Senat auf Antrag die Konzession unter Abwägung des allgemeinen Interesses am Monopolertrage und des örtlichen Bedürfnisses gegen Zahlung einer nach freiem Ermessen festzusetzenden Gebühr.

Die Bedingungen dieser Konzession setzt der Senat fest.

§ 7.

Verkauf von Tabakwaren.

Tabakwaren dürfen im Einzelhandel nur zu Monopolpreisen und nur in Originalpackungen verkauft werden. Der Preis im Einzelhandel (Kleinverkaufspreis) wird vom Senat festgesetzt und list auf den Verpackungen deutlich zu bezeichnen. Für den Verkauf kleinerer Mengen aus den Originalpackungen erläßt der Senat Bestimmungen.

Die Verkaufsstellen und Lagerräume des Tabakhandels unterliegen der Nachschau durch den Senat. Dieser kann auch Bücher einsehen, Bestände ermitteln und Proben entnehmen.

§ 8.

Maschinen zur Herstellung von Tabakwaren.

Die Herstellung, der Besitz und die Aufbewahrung von Maschinen und Werkzeugen für die Herstellung von Tabakwaren sind ohne Genehmigung des Senats verboten.

§ 9.

Tabakerfab.

Waren, die nicht aus Tabak hergestellt werden, aber statt des Tabaks zum Rauchen, Schnupfen oder Kauen dienen können, unterliegen den Vorschriften dieser Verordnung, wenn und insoweit der Senat es bestimmt.

§ 10.

Vorkaufsrecht.

Der Senat hat ein gesetzliches Vorkaufsrecht für alle im Monopolgebiet befindlichen Grundstücke und Gebäude, Maschinen, Werkzeuge und Gegenstände, welche der Herstellung von Tabakwaren dienen oder sich in Werkstätten zur Herstellung von Tabakwaren befinden.

§ 11.

Übertragung der Monopolrechte.

Der Senat kann die Ausübung und Verwertung der Ausschluß- und sonstigen Rechte und Befugnisse aus dieser Verordnung an eine juristische Person (Tabakmonopolverwaltung) übertragen.

Der Senat muß in diesem Falle einen Staatskommissar bestellen zur Wahrung der staatlichen Rechte und zur Überwachung der Erfüllung der Verpflichtungen der Tabakmonopolverwaltung sowie zur Mitwirkung bei der Konzessionerteilung nach § 6 dieser Verordnung.

§ 12.

Entschädigungen.

Entschädigungen und Abfindungen werden durch besondere Verordnung geregelt.

Strafbestimmungen.

§ 13.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Geldstrafe von fünf bis zu dreihunderttausend Gulden belegt.

Neben der Geldstrafe kann auf Haft oder auf Gefängnis erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

§ 14.

Neben der im § 13 bestimmten Strafe kann auf Einziehung derjenigen Waren, Maschinen oder Anbaumengen, hinsichtlich derer das Monopolvergehen begangen ist, erkannt werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören. Kann die Einziehung nicht vollzogen werden, so ist auf Ersatz des Wertes der Erzeugnisse oder Waren und, wenn dieser nicht zu ermitteln ist, auf Zahlung einer Geldsumme von fünf bis zu einhunderttausend Gulden zu erkennen.

Außerdem kann im Strafurteil auf Entziehung der gemäß § 6 dieser Verordnung erteilten Konzession erkannt werden.

§ 15.

Vorführung.

Tabak und Tabakwaren, welche Gegenstand des Monopols im Sinne des § 1 sind, unterliegen einer Vorführungspflicht. Zuwiderhandlungen werden nach den §§ 333 ff. des Steuergrundgesetzes geahndet, sofern nicht nach anderen Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.

§ 16.

Ausführungsbestimmungen.

Die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erläßt der Senat.

§ 17.

Inkrafttreten.

Diese Verordnung tritt mit Ausnahme der Bestimmungen, die sich auf die Monopolbewirtschaftung beziehen, mit dem 1. April 1927 in Kraft.

Bis zur Durchführung der Monopolbewirtschaftung bleiben die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Besteuerung von Tabak und Tabakerzeugnissen sowie den Tabakanbau in Kraft.

Für Zigarettenpapier und Zigarettenhüllen behalten diese Bestimmungen jedoch über diesen Zeitpunkt hinaus Geltung.

Die Bestimmungen über die Monopolbewirtschaftung sind alsbald in Kraft zu setzen, nachdem die Organisation der Tabakmonopolverwaltung durchgeführt sein wird. Die Termine des Inkraftsetzens dieser Bestimmungen gibt der Senat bekannt.

Danzig, den 31. März 1927.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Riepe

Dr. Volkmann.

Verordnung

betreffend das mit der Republik Polen geschlossene Abkommen zur Durchführung eines Tabakmonopols im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Vom 31. 3. 1927.

Auf Grund des § 1 Ziffer 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 29. November 1926 (Gesetzblatt S. 317) wird mit Gesetzeskraft folgendes verordnet:

§ 1.

Dem am 31. März 1927 unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Abkommen zur Durchführung eines Tabakmonopols im Gebiet der Freien Stadt Danzig wird für die Freie Stadt Danzig Gesetzeskraft verliehen.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1927 in Kraft.

Danzig, den 31. März 1927.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.
Riepe. Dr. Volkmann.

Abkommen

zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen zur Durchführung eines Tabakmonopols im Gebiete der Freien Stadt Danzig.

Die Freie Stadt Danzig und die Republik Polen haben zum Zwecke des Abschlusses eines Abkommens zur Durchführung eines Tabakmonopols im Gebiete der Freien Stadt Danzig als ihre Bevollmächtigten bezeichnet:

die Freie Stadt Danzig: Herrn Kurt Siebenfreund,
Senator der Freien Stadt Danzig,

die Republik Polen: Herrn Stefan Lalicki, Rat im Büro
des Generalkommissars der Republik Polen in Danzig.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer Vollmachten und nachdem dieselben als ausreichend und gut befunden wurden, im gegenseitigen Einvernehmen folgende Bestimmungen festgesetzt:

Artikel I.

Die Freie Stadt Danzig wird in ihrem Gebiet ein Tabakmonopol einführen, dessen Grundlagen die diesem Abkommen als Anlage beigefügte Verordnung betreffend das Tabakmonopol vom 31. März 1927 bestimmt.

Artikel II.

Tabak und Tabakwaren, die von der Danziger Tabakmonopolverwaltung im Rahmen der in Artikel III bezeichneten Mengen aus dem Zollauslande eingeführt oder die ausgeführt werden, unterliegen den gleichen zollgesetzlichen und zolltarifarischen Bestimmungen, die für die Verwaltung des polnischen Tabakmonopols jeweils gelten.

Umowa

zawarta między Rzeczpospolitą Polską a Wolnem Miastem Gdańskiem w przedmiocie zaprowadzenia monopolu tytoniowego na obszarze Wolnego Miasta Gdańska.

Rzeczpospolita Polska i Wolne Miasto Gdańsk, mając na celu zawarcie umowy w przedmiocie zaprowadzenia monopolu tytoniowego na obszarze Wolnego Miasta Gdańska, zamianowały swoimi pełnomocnikami:

Rzeczpospolita Polska: p. Stefana Lalickiego,
Radcę Biura Komisarza Generalnego Rzeczypospolitej Polskiej w Gdańsku,

Wolne Miasto Gdańsk: p. Kurta Siebenfreunda,
Senatora Wolnego Miasta Gdańska.

Pełnomocnicy po wymianie pełnomocnictw i uznaniu ich za wystarczające i należyte, ustalili we wzajemnem porozumieniu następujące postanowienia:

Artykuł I.

Wolne Miasto Gdańsk zaprowadzi na swoim obszarze monopol tytoniowy, którego zasady określa rozporządzenie o monopolu tytoniowym z dnia 31. marca 1927 r., dołączone do niniejszej umowy, jako jej załącznik.

Artykuł II.

Do surowca tytoniowego i wyrobów tytoniowych, jakie Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego sprowadzać będzie z poza wspólnej granicy celnej do wysokości określonej w art. III. niniejszej umowy, jak również do surowca i wyrobów tytoniowych, wywożonych przez Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego poza granicę celną, stosowane będą te postanowienia ustaw celnych i taryfy celnej, które każdorazowo obowiązują przy odprawie celnej surowca i wyrobów tytoniowych dla Zarządu polskiego monopolu tytoniowego.

Die im Artikel III bezeichneten Mengen von Tabak und Tabakwaren werden in den folgenden Artikeln des Abkommens Monopolkontingente genannt.

Aber diese Mengen hinaus kann die Danziger Tabakmonopolverwaltung in beliebigen Mengen Tabak und Tabakwaren einführen, wenn sie hierfür die Zollabgaben gemäß den normalen Tariffäßen nach dem in Artikel V vorgesehenen Verfahren entrichtet.

Artikel III.

Als Monopolkontingente werden folgende Mengen festgesetzt:

- a) für den eigenen Konsum der Freien Stadt Danzig wird ein Konsumbedarf angenommen, der sich beläuft:

vom Inkrafttreten des Danziger Tabakmonopols bis zum 31. Dezember 1929 auf 1,825 kg, gerechnet auf das Jahr und den Kopf der im Gebiete der Freien Stadt Danzig dauernd anässigen Bevölkerung,

vom 1. Januar 1930 bis zum 31. Dezember 1932 auf 2,025 kg, gerechnet auf das Jahr und den Kopf der im Gebiete der Freien Stadt Danzig dauernd anässigen Bevölkerung,

vom 1. Januar 1933 bis zum 31. Dezember 1935 auf 2,175 kg, gerechnet auf das Jahr und den Kopf der im Gebiete der Freien Stadt Danzig dauernd anässigen Bevölkerung,

vom 1. Januar 1936 bis zum 31. Dezember 1938 auf 2,275 kg, gerechnet auf das Jahr und den Kopf der im Gebiete der Freien Stadt Danzig dauernd anässigen Bevölkerung,

vom 1. Januar 1939 bis zum Ablauf dieses Abkommens auf 2,325 kg, gerechnet auf das Jahr und den Kopf der im Gebiete der Freien Stadt Danzig dauernd anässigen Bevölkerung,

- b) für die Herstellung von Waren, die zur Ausfuhr in das Gebiet der Republik Polen gemäß Artikel VI bestimmt sind, 75 000 kg Tabak jährlich, neben den unter a) bezeichneten Mengen.

Für den Tabak in Blättern und Bündeln, mit oder ohne Stengel, der in den Fabriken des Danziger Tabakmonopols für die in den Absätzen a) und b) dieses Artikels genannten Zwecke verarbeitet wird, werden für Schwund und Abfälle 6% vom Nettogewicht des Tabaks festgesetzt; diese Menge wird bei der Feststellung der jährlichen Monopolkontingente hinzugerechnet.

Die in diesem Artikel bezeichneten Monopolkontingente für die Freie Stadt Danzig vermindern sich

Ilości surowca tytoniowego i wyrobów tytoniowych określone w artykule III niniejszej umowy oznaczane są w następnych artykułach niniejszej umowy nazwą kontyngent monopolowy.

Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego może sprowadzać surowiec tytoniowy i wyroby tytoniowe ponad kontyngent monopolowy w ilościach dowolnych, jednakże z obowiązkiem uiszczania od nadwyżki należności celnych, według normalnych stawek, stosownie do postanowień artykułu V. niniejszej umowy.

Artykuł III.

Jako kontyngent monopolowy ustanawia się następujące ilości:

- a) na zaspokojenie potrzeb konsumpcji własnej Wolnego Miasta Gdańska przyjmuje się następujące zapotrzebowanie:

na okres od zaprowadzenia w Gdańsku monopolu tytoniowego do dnia 31. 12. 1929 rocznie po 1.825 kg., na głowę ludności stale osiedlonej na obszarze Wolnego Miasta Gdańska,

na okres od 1. 1. 1930 do 31. 12. 1932 rocznie po 2.025 kg., na głowę ludności stale osiedlonej na obszarze Wolnego Miasta Gdańska,

na okres od 1. 1. 1933 do 31. 12. 1935 rocznie po 2.175 kg., na głowę ludności stale osiedlonej na obszarze Wolnego Miasta Gdańska,

na okres od 1. 1. 1936 do 31. 12. 1938 rocznie po 2.275 kg., na głowę ludności stale osiedlonej na obszarze Wolnego Miasta Gdańska,

na okres od 1. 1. 1939 do końca mocy obowiązującej niniejszej umowy rocznie po 2.325 kg., na głowę ludności stale osiedlonej na obszarze Wolnego Miasta Gdańska,

- b) ponadto na wytworzenie wyrobów przeznaczonych w myśl postanowień artykułu VI. niniejszej umowy do wywozu na obszar Rzeczypospolitej Polskiej 75.000 kg. surowca tytoniowego rocznie.

Dla surowca tytoniowego w liściach i wiązkach z lodygami lub bez lodyg przerabianego w fabrykach gdańskiego monopolu tytoniowego na cele wymienione w ustępach a) i b) niniejszego artykułu, przyjmuje się na zanki i odpadki 6% wagi netto surowca; tę ilość dolicza się przy ustalaniu rocznego kontyngentu monopolowego.

Oznaczony w niniejszym artykule kontyngent monopolowy Wolnego Miasta Gdańska zmniejsza

um die Mengen des in den betreffenden Jahren im Gebiete der Freien Stadt Danzig erzeugten und von der Danziger Tabakmonopolverwaltung übernommenen Tabaks; die Menge an solchem zur Fabrikation geeigneten Tabak hat die Danziger Tabakmonopolverwaltung bei der jährlichen Abrechnung der Zollabgaben unter Absehung von 6% für Schwund und Abfälle nachzuweisen.

Artikel IV.

Die Danziger Tabakmonopolverwaltung ist verpflichtet, die ganze Menge des Tabaks und der Tabakwaren zur Zollabfertigung anzumelden, die vor außerhalb der Zollgrenzen eingeführt ist oder über diese Grenzen ausgeführt wird.

Die Danziger Tabakmonopolverwaltung ist verpflichtet, die Geschäftsstelle des polnischen obersten Zollinspektors über jede zu erfolgende Zollabfertigung vor der Abfertigung rechtzeitig zu benachrichtigen, und zwar bei Abfertigung in Danzig einschließlich Vororten mindestens 3 Stunden, bei Abfertigung außerhalb dieses Gebietes mindestens 24 Stunden vorher.

Innerhalb 14 Tagen nach Ablauf jedes Kalenderjahres ist die Danziger Tabakmonopolverwaltung verpflichtet, der obersten Zollbehörde in Danzig die Papiere über die im Laufe dieses Jahres erfolgten Zollabfertigungen von Tabak und Tabakwaren zwecks Ausführung der Berechnung der Zollabgaben vorzulegen. Im Bedarfsfalle kann die oberste Zollbehörde in Danzig auch die Vorlage von Auszügen aus den Geschäftsbüchern verlangen oder Einsicht in die Geschäftsbücher vornehmen.

Die oberste Zollbehörde in Danzig wird die Berechnung der Zollabgaben binnen 14 Tagen nach Vorlage der Zoltpapiere durch die Danziger Tabakmonopolverwaltung durchführen.

Artikel V.

Die Bezahlung der Zollabgaben für Tabak und Tabakwaren, die von der Danziger Tabakmonopolverwaltung eingeführt sind, erfolgt erst nach der Jahresabrechnung.

Die Jahresabrechnung wird in der Weise ausgeführt, daß von der im verfloßenen Jahre eingeführten Menge von Tabak und Tabakwaren abgesetzt werden:

- a) die Monopolfontingente nach Artikel III,
- b) diejenigen Mengen, die nach den vorgelegten Zollpapieren von der Danziger Tabakmonopolverwaltung wieder in das Zollaussland ausgeführt

sich o ilość surowca tytoniowego, który został wyprodukowany w danym roku na obszarze Wolnego Miasta Gdańska i przejęty przez Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego; ilość tego surowca w stanie zdatnym do przeróbki winien Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego wykazać dowodnie przy rocznym obrachunku należności celnych, potrącając z niej 6% na zaniki i odpadki.

Artykuł IV.

Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego ma obowiązek zgłoszenia do odprawy celnej całej ilości surowca tytoniowego i wyrobów tytoniowych sprowadzanych z poza celnej granicy lub poza tę granicę wywożonych.

Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego jest obowiązany zawiadamiać biuro polskiego Naczelnego Inspektora Cel o każdej nastąpić mającej odprawie celnej w odpowiednim czasie a mianowicie przy odprawach dokonywanych na obszarze Wolnego Miasta Gdańska wraz z przedmieściami na trzy godziny, a przy odprawach poza tym obszarem na 24 godzin przed podjęciem odprawy.

W przeciągu dni 14 po upływie każdego roku kalendarzowego Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego jest obowiązany do złożenia najwyższej władzy celnej w Gdańsku dokumentów z przeprowadzonych w ciągu tego roku odpraw celnych surowca tytoniowego i wyrobów tytoniowych celem dokonania obrachunku należności celnych. O ile to okaże się potrzebne, najwyższa władza celna w Gdańsku może zażądać przedłożenia wyciągów z ksiąg przedsiębiorstwa lub zarządzić ich przejrzanie.

Najwyższa władza celna w Gdańsku winna dokonać obrachunku należności celnych w ciągu dni 14 po złożeniu przez Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego dokumentów celnych.

Artykuł V.

Zapłata należności celnych za surowiec tytoniowy i wyroby tytoniowe sprowadzane przez Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego następuje dopiero po dokonaniu obrachunku rocznego.

Obrachunku rocznego dokonuje się w ten sposób, że od ilości surowca i wyrobów tytoniowych sprowadzonych w ubiegłym roku kalendarzowym potrąca się:

- a) kontyngent monopolowy obliczony według postanowień art. III. niniejszej umowy,
- b) te ilości, które według przedstawionych dokumentów celnych zostały przez Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego wy-

oder die unter zollamtlicher Aufsicht vernichtet worden sind. Bei der Ausfuhr von Tabakwaren ist zu unterscheiden, ob sie durch die Danziger Tabakmonopolverwaltung aus dem Zollausslande fertig bezogen oder in ihrem Betriebe hergestellt sind. Im ersteren Falle ist nur das tatsächliche Ausfuhrgewicht, im letzteren Falle sind für 94 kg Ware 100 kg Tabak abzuschreiben.

Die nach der Ausfuhrung der obigen Abzüge verbleibenden Mengen Tabak und Tabakwaren sind gemäß den Bestimmungen des polnischen Zolltarifs unter Anwendung der normalen Zollsätze, die am Tage der Einreichung der Zolldokumente zur Abrechnung durch die Danziger Tabakmonopolverwaltung gelten, zu verzollen.

Der nach der Abrechnung zu zahlende Zollbetrag ist innerhalb einer Woche nach Eingang der Mittheilung des Zollbetrages bei der Danziger Tabakmonopolverwaltung zu entrichten.

Anstelle der Bezahlung kann die oberste Zollbehörde in Danzig Abschreibung der betreffenden Menge auf die Monopolkontingente für das folgende Jahr genehmigen.

Für die von der Danziger Tabakmonopolverwaltung zu zahlenden Zollabgaben für Tabak und Tabakwaren haftet die Freie Stadt Danzig im vollen Umfange.

Artikel VI.

Die Verwaltungen des Danziger und des polnischen Tabakmonopols sind zum gegenseitigen Austausch von Tabakwaren in folgender Weise verpflichtet:

die Verwaltung des polnischen Tabakmonopols übernimmt jährlich 100 000 kg Tabakwaren nach ihrer Wahl aus den von den Danziger Tabakmonopolfabriken hergestellten Waren von der Danziger Tabakmonopolverwaltung,

die Danziger Tabakmonopolverwaltung übernimmt jährlich 25 000 kg Tabakwaren nach ihrer Wahl aus den Erzeugnissen des polnischen Tabakmonopols.

Artikel VII.

Die Grundlage zur Festsetzung der Preise für die zwischen der Verwaltung des polnischen Tabakmonopols und der Danziger Tabakmonopolverwaltung ausgetauschten Tabakwaren bilden die in dem Herstellungslande geltenden Kleinverkaufspreise, von welchen ein Rabatt abgezogen wird. Die Höhe dieses Rabatts, den Termin der Lieferung und der Abnahme der Tabakwaren, die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen werden die Verwaltungen beider Tabakmonopole im gegenseitigen Einvernehmen festsetzen.

wiezione poza granicę celną, jakoteż te ilości, które zostały zniszczone pod nadzorem celnym. Przy wywozie wyrobów tytoniowych rozróżnia się wyroby, które Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego sprowadził z poza granicy celnej w stanie gotowym i wyroby wytworzone w przedsiębiorstwie monopolowym. W pierwszym wypadku potrąca się rzeczywistą wagę wywiezionych wyrobów, zaś w drugim 94 kg. wyrobów przyjmuje się za 100 kg. surowca tytoniowego.

Ilości surowca tytoniowego i wyrobów tytoniowych pozostałe po dokonaniu powyższych potrąceń będą poddane ocenie według postanowień polskiej taryfy celnej i przy zastosowaniu normalnych stawek celnych, obowiązujących w dniu złożenia przez Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego dokumentów celnych do obrachunku.

Należności celne przypadające według obrachunku do zapłaty winny być uiszczone w przeciągu tygodnia po otrzymaniu przez Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego zawiadomienia o ich wysokości.

W miejsce zapłaty może nastąpić za zgodą najwyższej władzy celnej w Gdańsku zaliczenie dotyczących ilości na poczet kontyngentu monopolowego na rok następny.

Wolne Miasto Gdańsk obejmuje w pełni gwarancję za zapłatę przez Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego należności celnych.

Artykuł VI.

Zarządy gdańskiego i polskiego monopolu tytoniowego obowiązane będą do wzajemnej wymiany wyrobów tytoniowych w następujący sposób:

Zarząd polskiego monopolu tytoniowego przejmie corocznie od Zarządu gdańskiego monopolu tytoniowego, według swego wyboru 100.000 kg. wyrobów tytoniowych z pośród wytwarzanych przez gdańskie fabryki monopolowe,

Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego przejmie, według swego wyboru, corocznie 25.000 kg. wyrobów tytoniowych z pośród wyrobów polskiego monopolu tytoniowego.

Artykuł VII.

Podstawę do ustalenia ceny dla wyrobów wymienianych pomiędzy Zarządami polskiego i gdańskiego monopolu tytoniowego stanowią detaliczne ceny sprzedażne, obowiązujące w kraju produkującym, od których będzie potrącany rabat. Wysokość tego rabatu, termin dostawy i przejęcie wyrobów, warunki dostawy i zapłaty określają Zarządy obu monopolów tytoniowych we wzajemnem porozumieniu.

Sollte eine solche Vereinbarung nicht, auch nicht durch Vermittlung beider Regierungen, zustandekommen, so hat ein Schiedsgericht die Einigung herzustellen oder Entscheidung zu treffen.

Dieses Schiedsgericht soll bestehen aus 2 Personen, die nicht den beteiligten Monopolverwaltungen angehören dürfen. Je ein Schiedsrichter soll von der Danziger Tabakmonopolverwaltung und von der Verwaltung des polnischen Tabakmonopols ernannt werden. Sollte eine Einigung zwischen den beiden Schiedsrichtern nicht zustandekommen, so wird das Schiedsgericht auf Antrag eines der vertragschließenden Teile durch einen vom Sekretariat des Völkerbundes zu bestimmenden Vorsitzenden erweitert. In dieser Zusammensetzung entscheidet das Schiedsgericht mit Stimmenmehrheit.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind endgültig.

Artikel VIII.

Dieses Abkommen läuft am 31. Dezember 1947 ab, falls eine Kündigung von der einen oder der anderen Seite spätestens am 1. Januar 1947 erfolgt. Geschieht dies nicht, so gilt das Abkommen als um 5 Jahre verlängert. Falls spätestens am 1. Januar 1952 keine Kündigung von der einen oder der anderen Seite erfolgt, so gilt das Abkommen nochmals als um 5 Jahre, also bis zum 31. Dezember 1957, verlängert.

Mit dem Tage des Außerkrafttretens des Abkommens erfolgt die Abrechnung und die Bezahlung der Zollabgaben gemäß den Bestimmungen des Artikels V, Absatz 1—4 und 6 dieses Abkommens.

Artikel IX.

Die Freie Stadt Danzig wird etwaige künftige Änderungen der Danziger Tabakmonopolverordnung der polnischen Regierung zur Kenntnis mitteilen, ehe diese Änderungen in Kraft treten.

Der polnischen Regierung steht das Recht zu, dieses Abkommen mit der Frist von 6 Monaten zu kündigen, wenn durch eine Veränderung der Danziger Tabakmonopolverordnung der Grundsatz des Vollmonopols (umfassend Einfuhr, Anbau, Herstellung und Handel) aufgegeben wird. Ob dieses der Fall ist, wird im Falle einer Meinungsverschiedenheit ein Schiedsgericht entscheiden.

Jeśliby, nawet pomimo interwencji obu Rządów, nie doszło w powyższych sprawach do porozumienia, natenczas dotycząca kwestja zostanie przekazana Sądowi rozjemczemu, którego zadaniem będzie doprowadzenie do porozumienia stron, a w razie nieosiągnięcia tego porozumienia, rozstrzygnięcie sprawy spornej.

Sąd rozjemczy winien się składać z dwóch osób, które nie mogą być członkami Zarządu żadnego z interesowanych monopolów. Członków sądu rozjemczego mianują po jednym Zarząd polskiego monopolu tytoniowego i Zarząd gdańskiego monopolu tytoniowego. Jeśliby sąd rozjemczy w tym składzie nie mógł powziąć decyzji jednomyślnie, wchodzi w jego skład przewodniczący, wyznaczony przez sekretariat Ligi Narodów, na wniosek jednej ze stron zawierających umowę; w tym składzie sąd rozjemczy rozstrzyga większością głosów.

Rozstrzygnięcia sądu rozjemczego są ostateczne.

Artykuł VIII.

Umowa niniejsza traci moc obowiązującą z dniem 31. grudnia 1947, o ile przed dniem 1. stycznia 1947 zostanie wypowiedziana przez jedną ze stron które ją zawarły. Jeżeli w powyższym terminie nie nastąpi wypowiedzenie umowy, ważność jej przedłuża się na okres pięcioletni. Jeżeli do dnia 1. stycznia 1952 żadna ze stron umowy nie wypowie, ważność jej przedłuża się o następnych 5 lat, to jest do dnia 31. grudnia 1957.

Z dniem wygaśnięcia mocy obowiązującej umowy następuje obrachunek i zapłata należności celnych stosownie do postanowień zawartych w artykule V, ustęp 1—4 oraz ustęp 6 umowy.

Artykuł IX.

Wolne Miasto Gdańsk poda do wiadomości Rządu Rzeczypospolitej Polskiej wszelkie zmiany, jakieby w przyszłości miały być wprowadzone do gdańskiego rozporządzenia o monopolu tytoniowym a to przedtem, nim powyższe zmiany nabiorą mocy obowiązującej.

Rządowi Rzeczypospolitej Polskiej służy prawo wypowiedzenia niniejszej umowy z terminem 6-cio miesięcznym, jeśli na skutek zmiany gdańskiego rozporządzenia o monopolu tytoniowym nastąpiło odstępianie od zasady pełnego monopolu (obejmującego sprowadzanie tytoniu z zagranicy, uprawę rośliny tytoniowej, produkcję wyrobów tytoniowych i ich sprzedaż). W razie różnicy zdań co do tego, czy nastąpiło odstępianie od zasady pełnego monopolu rozstrzyga sąd polubowny.

Dieses Schiedsgericht besteht aus je einem Mitglied, welches von der Freien Stadt Danzig und von der Republik Polen ernannt werden wird. Soweit diese Mitglieder es für erforderlich erachten, einen Vorsitzenden mit entscheidender Stimme zu bestellen, werden die vertragschließenden Teile das Sekretariat des Völkerbundes bitten, den Vorsitzenden zu ernennen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts erfolgt nach Stimmenmehrheit und ist endgültig.

Beide Parteien werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Entscheidung möglichst rasch herbeizuführen.

Artikel X.

Die Überführung von Tabak und Tabakwaren von einem in das andere Vertragsgebiet erfolgt in dem zur Zeit für die Überführung steuerpflichtiger Waren vorgeschriebenen Überweisungsverfahren. (Kapitel 2 der Anlage I zum Sechsten Teil, Zollangelegenheiten — Artikel 197 bis 210 — des Danzig-Polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921.)

Wird die Ware unmittelbar von der einen Monopolverwaltung an die Monopolverwaltung der anderen Vertragspartei geliefert, so wird eine Monopolabgabe von der ausführenden Vertragspartei nicht erhoben. Werden Tabak oder Tabakwaren aus dem freien Verkehr des einen Vertragsgebietes in das andere Vertragsgebiet überführt, so findet eine Zurückerstattung der gezahlten Monopolabgabe nicht statt.

Die beiden Vertragsparteien verpflichten sich gegenseitig, die nach diesem Abkommen unzulässige Überführung von Tabak und Tabakwaren aus dem eigenen Monopolgebiete in das Gebiet der anderen Vertragspartei zu bekämpfen.

Artikel XI.

Die Regierung der Republik Polen erklärt, daß sie sich sonst immer von den Grundsätzen, die Postulate der Freien Stadt Danzig möglichst weit zu berücksichtigen, leiten lasse, und daß sie bereit ist und sein wird, die Durchführung des Tabakmonopols in Danzig unter Mitberücksichtigung der eigenen Interessen zu erleichtern.

Artikel XII.

Das vorliegende Abkommen tritt in Kraft nach dem Austausch von Schreiben zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen, in welchen festgestellt werden wird, daß das Abkommen in der Freien Stadt Danzig beziehungsweise in der Republik Polen genehmigt worden ist.

Sąd polubowny składa się z dwóch członków, z których po jednym mianuje Rząd Rzeczypospolitej Polskiej i Wolne Miasto Gdańsk. Jeżeli powyżsi członkowie sądu uznają za potrzebne powołanie superarbitra, natenczas strony zawierające umowę odniosą się do sekretarjatu Ligi Narodów o wyznaczenie tegoż.

Rozstrzygnięcia sądu polubownego zapadają większością głosów i są ostateczne.

Obie strony zawierające umowę dolożą wszelkich starań, celem uzyskania rozstrzygnięcia sądu polubownego w czasie jaknajkrótszym.

Artykuł X.

Przewożenie surowca tytoniowego i wyrobów tytoniowych z obszaru jednej strony zawierającej umowę na obszar strony drugiej będzie się odbywać przy zastosowaniu postępowania przekazowego, przepisane dla przewożenia towarów podlegających podatkowi pośrednim (rozdział 2. załącznika I. do szóstej części, cło — artykuł 197—210 — polsko-gdańskiej umowy z dnia 24. października 1921 r.)

Przy dostawie wyrobów tytoniowych przez Zarząd jednego monopolu dla Zarządu monopolu drugiej strony, strona, z której obszaru wyroby te wywozi się, nie będzie pobierała od nich opłaty monopolowej. Natomiast w razie przewożenia wyrobów tytoniowych oddanych na obszarze jednej strony do wolnego obrotu na obszar strony drugiej nie zwraca się pobranej opłaty monopolowej.

Obie strony zawierające umowę zobowiązują się wzajemnie do zwalczania niedozwolonego według niniejszej umowy przewozu surowca tytoniowego i wyrobów tytoniowych z własnego obszaru monopolowego na obszar strony drugiej.

Artykuł XI.

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej kierując się w tej sprawie jak zresztą zawsze intencją uwzględniania w możliwie szerokiej mierze postulatów Wolnego Miasta, oświadcza gotowość ułatwienia obecnie i w przyszłości, przy uwzględnieniu swoich własnych interesów, zaprowadzenia na obszarze Wolnego Miasta monopolu tytoniowego.

Artykuł XII.

Niniejsza umowa nabiera mocy obowiązującej po wymianie pism między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej i Senatem Wolnego Miasta Gdańska stwierdzających, że umowa została zatwierdzona przez właściwe czynniki w Rzeczypospolitej Polskiej względnie w Wolnym Mieście Gdańsku.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen in zwei gleichlautenden Urschriften, und zwar jede in deutscher und polnischer Sprache, unterfertigt. Beide Urschriften und beide Texte sind maßgebend.

Gegeben zu Danzig, den 31. März 1927.

Kurt Siebenfreund
Stefan Lalicki

Na dowód powyższego pełnomocnicy obu stron podpisali niniejszą umowę. Umowę wygotowano w Gdańsku w dniu 31. marca 1927 r. w dwóch egzemplarzach, z których każdy sporządzono w języku polskim i niemieckim z tem, że oba egzemplarze i oba teksty mają znaczenie oryginalne.

Stefan Lalicki
Kurt Siebenfreund.

42

Verordnung **über das Entschädigungsverfahren bei der Einführung des Tabakmonopols.** **Vom 31. 3. 1927.**

Auf Grund des § 1 des Ermächtigungsgesetzes vom 29. November 1926 (Ges.-Bl. S. 317) wird mit Gesetzeskraft folgendes verordnet:

§ 1.

Personen, denen auf Grund der Einführung des Tabakmonopols ein gesetzlicher Anspruch auf Entschädigung zusteht, haben bis zum 1. Juli 1928 diesen Anspruch in der durch diese Verordnung bestimmten Weise geltend zu machen. Für Ansprüche, die bis zum 1. Juli 1928 nicht in diesem Verfahren schriftlich angemeldet und begründet worden sind, bleibt nur der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

§ 2.

Die Ermittlung und Festsetzung der Entschädigung erfolgt durch ein Entschädigungsamt.

Das Entschädigungsamt entscheidet in der Besetzung von einem zum Richteramt befähigten Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter oder nach näherer Anordnung des Senats mehrere Vorsitzende und deren Stellvertreter sowie die erforderliche Zahl von Beisitzern werden vom Gerichtspräsidenten auf die Dauer je eines Jahres ernannt. Die Ernennung erfolgt zur Hälfte aus dem Kreise der Entschädigungsinteressenten, zur Hälfte aus einem vom Senat zu bezeichnenden Kreise von Personen. Vor Ernennung der Beisitzer aus dem Kreise der Interessenten soll der Gerichtspräsident die wirtschaftlichen Organisationen der als Entschädigungsinteressenten in Betracht kommenden Personenkreise hören. Bei jeder Entscheidung wirkt je ein aus dem vom Senat bezeichneten Personenkreise und aus dem Kreise der Entschädigungsinteressenten ernannter Beisitzer mit.

Die Beisitzer haben Anspruch auf Entschädigung nach Maßgabe der für Schöffen und Geschworene geltenden Bestimmungen.

Die Mitglieder des Entschädigungsamtes haben die rechtliche Stellung von Beamten der Freien Stadt Danzig. Sie können während ihrer Amtsdauer nur auf Grund eines besonderen Disziplinarverfahrens entlassen werden, für welches der Senat die näheren Vorschriften zu erlassen hat.

§ 3.

Die Vorschriften der Zivilprozessordnung über die Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen finden auf die Mitglieder des Entschädigungsamtes entsprechende Anwendung. Über die Ablehnung eines Beisitzers entscheidet der Vorsitzende. Der auf das Ablehnungsgeſuch ergehende Beschluß ist unanfechtbar.

§ 4.

Die Entscheidung ergeht auf Grund mündlicher nicht öffentlicher Verhandlung.

Das Entschädigungsamt ist befugt, Zeugen und Sachverständige eidlich zu vernehmen und Versicherungen an Eidesstatt entgegenzunehmen. Es kann vom Antragsteller die gleichen Aufklärungen verlangen, wie die Steuerbehörde gemäß dem Steuergrundgesetz. Der Antragsteller ist zur Vorlage seiner Geschäftsbücher und Geschäftspapiere verpflichtet.

Das Entschädigungsamt ist befugt, die Steuerakten einzusehen und ihren Inhalt bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Im übrigen ist das Steuergeheimnis zu wahren.

Der Vorsitzende des Entschädigungsamtes ist befugt, diejenigen Anordnungen, die nach dem Entschädigungsantrag oder den vorbereitenden Schriftsätzen zur Aufklärung des Sachverhältnisses dienlich erscheinen, schon vor der mündlichen Verhandlung zu treffen.

Die Zeugen und Sachverständigen haben Anspruch auf Entschädigung nach Maßgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

§ 5.

Die Zustellungen und Ladungen erfolgen von Amts wegen. Ihre Form bestimmt mit der im § 10 vorgesehenen Ausnahme der Vorsitzende des Entschädigungsamtes nach freiem Ermessen.

§ 6.

Die Parteien können sich vor dem Entschädigungsamt durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene prozeßfähige Person als Bevollmächtigten vertreten lassen. Die Bestimmung des § 157 B. P. O. findet auf Bevollmächtigte und Beistände Anwendung.

§ 7.

Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung, die Beratung und Abstimmung finden auf die Verhandlung vor dem Entschädigungsamt entsprechende Anwendung.

§ 8.

Das Entschädigungsamt bestimmt nach freiem Ermessen unter Berücksichtigung der Interessen beider Parteien, in welcher Form und unter welchen Zins- und Zahlungsbedingungen die Entschädigung zu leisten ist.

Es kann anordnen, daß die Entschädigung nicht in barem Gelde, sondern in Tabakobligationen geleistet werde. Bei dieser Anordnung ist das Risiko zu berücksichtigen, das für den Empfänger in der Annahme von Tabakobligationen anstatt barem Geldes liegt.

§ 9.

Das Verfahren vor dem Entschädigungsamt ist gebührenfrei. Das Entschädigungsamt kann nach billigem Ermessen dem Antragsteller die baren Auslagen des Verfahrens ganz oder zum Teil auferlegen. Eine Erstattung der den Parteien erwachsenen Kosten findet nicht statt.

§ 10.

Gegen die Entscheidung des Entschädigungsamtes kann binnen der Frist eines Monats nach der Zustellung des mit Gründen versehenen Bescheides an den Antragsteller, welche nach Maßgabe der Vorschriften der Zivilprozeßordnung über Zustellungen von Amts wegen zu erfolgen hat, der ordentliche Rechtsweg beschritten werden.

§ 11.

Die Vorschriften des § 8 finden im Verfahren vor den ordentlichen Gerichten entsprechende Anwendung.

§ 12.

Das Entschädigungsamt kann auch in Fällen, in denen ein rechtlicher Anspruch auf Gewährung einer Entschädigung nicht besteht, eine Entschädigung festsetzen, insoweit dies zur Vermeidung einer erheblichen Unbilligkeit geboten erscheint. Ein dahingehender Bescheid kann nur einstimmig erlassen werden.

Die Nachprüfung der Angemessenheit einer ohne Bestehen eines rechtlichen Anspruches zugewilligten Entschädigung durch die ordentlichen Gerichte kann der Antragsteller nicht verlangen. Wird dem Antragsteller vom Gericht aus Rechtsgründen eine Entschädigung zugesprochen, so ist bei Bemessung derselben die vom Entschädigungsamt zugewilligte Entschädigung anzurechnen.

§ 13.

Auf die im Tabakhandel und in der Tabakindustrie beschäftigten Angestellten und Arbeiter, die nachweislich infolge Einführung des Tabakmonopols erwerbslos werden, finden die in den Erlassen des Senats vom 17. Juli 1926 (St.-Anz. S. 229) und vom 7. Oktober 1926 (St.-Anz. S. 305) aufgestellten Grundsätze über die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung Anwendung. Gleichzeitig wird die in dem Erlaß des Senats vom 17. Juli 1926 in Absatz I genannte Frist von 6 Monaten auf 12 Monate verlängert.

Die Unterstützung kommt in Fortfall, sofern durch das Entschädigungsamt oder das ordentliche Gericht eine Entschädigung auf Grund gesetzlichen Anspruches oder aus Billigkeitsgründen zugewilligt wird. Bei Festsetzung der Entschädigung sind die auf Grund der Vorschrift des Abs. 1 empfangenen Bezüge zu berücksichtigen.

§ 14.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1927 in Kraft.

Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erläßt der Senat.

Danzig, den 31. März 1927.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Riepe

Dr. Volkmann.

V e r o r d n u n g**betreffend die Überleitung zum Tabakmonopol. Vom 31. 3. 1927.**

Auf Grund des § 16 der Tabakmonopolverordnung vom 31. März 1927 wird bestimmt:

§ 1.

Vom 1. April 1927 ab darf die Einfuhr von Tabak und Tabakwaren nur mit Genehmigung des Senats erfolgen.

§ 2.

Vom 1. April 1927 ab wird eine Anmeldepflicht nach folgenden Grundsätzen eingeführt: Verpflichtet zur Anmeldung sind:

- a) alle Personen, die Tabak anbauen,
- b) alle Besitzer von Rohtabak und alle Besitzer von Tabakwaren, soweit diese nicht für den eigenen Verbrauch bestimmt sind,
- c) alle Hersteller von Tabakwaren,
- d) alle Händler mit Tabakwaren.

Die Anmeldungen haben folgende Angaben zu enthalten:

- Zu a):** Die Größe der Bodenfläche, auf welcher Tabak angebaut wird, sowie Art und Menge der aufbewahrten Tabakblätter.
- Zu b):** Die Menge, die Gattung und der Aufbewahrungsort der Rohtabake und Tabakwaren.
- Zu c):** 1. Eine Beschreibung der Fabrik- und Lagerräume sowie eine Aufstellung der vorhandenen Maschinen und Werkzeuge,
2. das Datum der Gründung und Inbetriebsetzung des Herstellungsbetriebes,
3. die Höhe und die Zusammensetzung des Betriebskapitals,
4. den jährlichen Umsatz nach Menge und Wert und den steuerpflichtigen Gewinn aus dem Unternehmen sowie aus dem Verkauf der Tabakwaren in den eigenen Läden für die Zeit vom 1. Januar 1917 bis 31. Dezember 1926, getrennt nach einzelnen Geschäftsjahren,
5. die Menge und den Wert des in jedem Jahre verarbeiteten Rohtabaks, sowie die Menge und den Wert der aus dem Rohtabak hergestellten Tabakwaren (Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau-, Schnupftabak usw.),
6. die Zahl der in den Unternehmungen in den einzelnen Jahren am Schluß des Kalenderjahres beschäftigt gewesenen Personen, getrennt nach männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeitern,
7. die Menge und den Wert der am 1. April 1927 vorhandenen Vorräte an Tabak und Tabakwaren.
- Zu d):** 1. Eine Beschreibung der Geschäftsräume,
2. die Höhe des jährlichen Umsatzes und des steuerpflichtigen Gewinnes für die Zeit vom 1. 1. 1917 bis 31. 12. 1926, getrennt nach einzelnen Geschäftsjahren,
3. die Menge und den Wert der am 1. April 1927 vorhandenen Tabakwaren.

§ 3.

Die Anmeldungen haben bis zum 1. Mai 1927 nach dem Stande vom 1. April 1927 bei der Monopolüberleitungsstelle zu erfolgen, und zwar in dreifacher Ausfertigung; ein Exemplar ist mit einem Übereinstimmungsvermerk dem Anmeldenden zurückzugeben und von ihm aufzubewahren.

§ 4.

Bis zur Durchführung der Monopolbewirtschaftung dürfen von den unter § 2 c genannten Betrieben Tabakwaren hergestellt und vertrieben werden.

§ 5.

Bis zur Durchführung der Monopolbewirtschaftung dürfen die unter § 2 d genannten Händler Tabakwaren verkaufen. Von der Durchführung der Monopolbewirtschaftung an dürfen sie die bis dahin nicht verkauften Vorräte nur nach den von der Monopolverwaltung aufzustellenden Bedingungen abgeben.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1927 in Kraft.

Danzig, den 31. März 1927.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Riepe

Dr. Volkmann.

Verordnung

betreffend die Vorführungspflicht monopolabgabenpflichtiger Waren. Vom 31. 3. 1927.

Auf Grund des § 16 der Tabakmonopolverordnung vom 31. 3. 1927 wird bestimmt:

§ 1.

Wer monopolabgabenpflichtige Waren oder solche Gegenstände mit sich führt oder befördert, welche zwar monopolabgabenfrei, aber dergestalt verpackt sind, daß ihre Beschaffenheit nicht sogleich erkannt werden kann, darf über die Grenze zu Wasser oder zu Lande in der Regel nur während der Tageszeit und nur auf einer für den Grenzverkehr zugelassenen Straße eintreten und auch — Fälle dringender Gefahr oder höherer Gewalt ausgenommen — nur bei einem erlaubten Landungsplatze anlanden.

Sinftichtlich des Begriffes der Tageszeit findet § 21 Abs. 3, 4 und 5 des Vereinszollgesetzes sinngemäße Anwendung.

§ 2.

Beim Eingange find monopolabgabenpflichtige Waren dem nächsten Zollamte schriftlich anzumelden.

§ 3.

Die Anmeldung liegt dem Warenführer ob.

§ 4.

Die Ausfertigung der Anmeldung kann durch den Anmeldepflichtigen selbst, durch einen Bevollmächtigten oder den Warenempfänger erfolgen.

Ist der Anmeldende des Schreibens unkundig, so geschieht auf den Antrag des Anmeldenden die Ausfertigung der Anmeldung durch das nächste Zollamt auf Grund der übergebenen Papiere oder der mündlichen Anzeige. Die vom Zollamte ausgefertigte Anmeldung hat der Anmeldende mit seiner Unterschrift oder seinem gewöhnlichen Handzeichen zu versehen, dessen Richtigkeit von einem zweiten Beamten oder einem Zeugen zu bescheinigen ist.

§ 5.

Der Anmeldende haftet für die Richtigkeit der Anmeldung auch in dem Falle, wenn dieselbe von einem Dritten in seinem Auftrage oder vom Zollamte gefertigt worden ist. Ebenso haftet der Anmeldende oder der Warenempfänger für die Richtigkeit der etwa von ihm ergänzten oder berichtigten Anmeldung. Insofern eine Berichtigung erfolgt ist, wird die ursprüngliche Anmeldung als beseitigt angesehen.

§ 6.

Werden die Anmeldungen nicht rechtzeitig abgegeben, so werden die Waren auf Kosten und Gefahr der Beteiligten unter amtlichen Gewahrsam oder amtliche Bewachung genommen. Sinftichtlich des Begriffes der rechtzeitigen Anmeldung finden die §§ 39, 63, 66 und 75 BZG. sinngemäße Anwendung.

§ 7.

Liegt die Anmeldung über eine Ware vor, so kann die Feststellung der zu entrichtenden Monopolabgabe oder die weitere Abfertigung auf Grund probeweiser Revisionen erfolgen, sofern sich bei denselben vollkommene Übereinstimmung mit den Angaben der Anmeldung herausstellt.

§ 8.

Der Steuerpflichtige hat die Waren in solchem Zustande darzulegen, daß die Beamten die Revision wie erforderlich vornehmen können; auch muß er die dazu nötigen Handleistungen nach der Anweisung der Beamten auf eigene Gefahr und Kosten verrichten oder verrichten lassen.

Die Ab- oder Ausladung darf erst erfolgen, nachdem das Zollamt die Anweisung erteilt hat.

§ 9.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für den Reiseverkehr mit der Einschränkung, daß hier eine mündliche Anmeldung genügt.

§ 10.

Bei Zuwiderhandlung gegen die vorangehenden Bestimmungen greifen die §§ 333 ff. des Steuergrundgesetzes Platz.

§ 11.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1927 in Kraft.

Danzig, den 31. März 1927.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Riepe

Dr. Volkmann.

